

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 14.03.2024

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen Vorsitz

Herr Bürgermeister Rüter

Frau Bürgermeisterin Schrader

CDU

Herr Brüntrup

(ab 18:52 Uhr)

Herr Copertino

Frau Grünewald

Herr Henrichsmeier

Herr Kleinkes

Herr Krumhöfner

Herr Kuhlmann

Herr Dr. Kulinna

Herr Dr. Lange

Herr Nettelstroth

(Fraktionsvorsitz)

Frau Orłowski

Frau Schineller

Frau Steinkröger

Herr Strothmann

Herr Thole

Herr Werner

SPD

Frau Avvuran

Herr Banze

Frau Biermann

Frau Brinkmann

Herr Gladow

Frau Gorsler

Herr Heimbeck

Herr Keskin

Herr Klaus

Herr Nockemann

Herr Prof. Dr. Öztürk

(Fraktionsvorsitz)

Herr Rörig

Herr Suchla

Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Brockerhoff
Herr Feurich-Tobien
Herr Hallau (Fraktionsvorsitz)
Frau Henneke
Herr Hood
Herr John
Herr Kartal
Frau Kloss
Frau Labarbe
Frau Mamerow
Frau Pfaff
Herr Rees
Herr Schnell
Herr Wiemer

FDP

Herr Schlifter
Frau Schneiderei
Herr Seifert
Herr vom Braucke

Die Linke

Herr Dr. Schmitz
Frau Stelze
Frau Taeubig
Herr Vollmer (Fraktionsvorsitz)

AfD

Herr Kneller
Herr Dr. Sander

Die Partei

Herr Hofmann
Frau Oberbäumer (bis 19:16 Uhr)

Einzelvertreterinnen/Einzelvertreter

Herr Alich (parteilos)
Herr Gugat (LiB)
Herr Krämer (BfB)
Frau Rammert (BN) (ab 18:49 Uhr)

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Kaschel	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Herr Beigeordneter Adamski	Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Erster Beigeordneter Nürnberger	Dezernat 5
Herr Steinmeier	Presseamt
Frau Ley	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates
Herr Hartlieb	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates
Herr Kokemor	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates
Frau Wilms	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates
Frau Mülöt	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates (Schriftführung)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt die Anwesenden zur 32. Sitzung des Rates und weist darauf hin, dass die heutige öffentliche Ratssitzung als Livestream übertragen werde. In diesem Zusammenhang bittet er um Beachtung der im Eingangsbereich aushängenden Datenschutzhinweise. Er merkt an, dass der öffentliche Teil der Ratssitzung aufgezeichnet und bis zur Genehmigung der Niederschrift veröffentlicht werde. Außerdem könnten aufgrund der Kameraeinstellung, die das Plenum mit den Ratsmitgliedern zeige, in einem Randbereich auch Zuschauer erfasst werden. Sollten diese sich in diesem Bereich aufhalten, werde davon ausgegangen, dass sie mit einer evtl. visuellen Erfassung Ihrer Person einverstanden seien. Die Unterlagen zur heutigen Sitzung fänden die Zuschauerinnen und Zuschauer als Link im Video oder unter dem Livestream.

-. -

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die 32. Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld und stellt den termingerechten Zugang von Einladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

-. -

Zunächst bittet Herr Oberbürgermeister Clausen die Anwesenden, sich zu erheben und verliest folgende Nachricht: „Am 09.03.2024 verstarb im Alter von 66 Jahren Gerhard Haupt. Der Verstorbene war seit dem 30.09.1984 bis zu seinem Tode Mitglied der Bezirksvertretung Senne und hatte seit 2009 durchgehend das Amt des Bezirksbürgermeisters inne. Er setzte sich stets gewissenhaft und mit viel persönlichem Engagement für die Belange der Bürgerinnen und Bürger im Stadtbezirk Senne ein. Für seine langjährige ehrenamtliche kommunalpolitische Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verdient der Verstorbene unsere Anerkennung. Die Stadt Bielefeld ist Gerhard Haupt für sein Wirken zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.“

-. -

Herr Oberbürgermeister Clausen schlägt vor, die Tagesordnung wie folgt zu erweitern:

- TOP 3.4: Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema „KFZ-Entwicklung in Bielefeld vom 07.03.2024 (Drucks. 7683/2020-2025)
- TOP 4.1.1: Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag „Wirtschaftsverkehr“ vom 13.03.2024 (Drucks. 7723/2020-2025)
- TOP 4.3.1: Änderungsantrag der FDP-Fraktion „Verantwortung für Bielefeld - Leitlinien für eine nachhaltige Finanzpolitik“ zum Antrag unter TOP 4.3 „Eckdatenbeschluss zum Doppelhaushalt“ vom 12.03.2024 (Drucks. 7715/2020-2025)
- TOP 4.3.2: Eckdatenbeschluss – Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 14.03.2024 (zur Drucks. 7661/2020-2025), Drucksache 7734/2020-2025

- TOP 4.5.1: Quartiersparkhäuser in Bielefeld (Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 14.03.2024 zum Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 7659/2020-2025) (Drucksache 7731/2020-2025)
- TOP 16.1 bis 16.5 um Anträge der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf „Umsetzung“ in verschiedenen Gremien

Die Anfragen unter dem Tagesordnungspunkt 3 seien gemäß der in § 17 Abs. 3 Geschäftsordnung des Rates (GeschORat) vorgegebenen Reihenfolge der Beantwortung wie folgt in die Tagesordnung der Sitzung eingepflegt und veröffentlicht:

- TOP 3.1 Beschlossene, aber nicht umgesetzte Bebauungspläne
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.03.2024)
- TOP 3.2 KFZ-Entwicklung in Bielefeld
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.03.2024)
- TOP 3.3 Brand- und Explosionsgefahr durch E-Roller
(Anfrage der Ratsgruppe AfD vom 05.03.2024)
- TOP 3.4 Einbürgerung somalischer Schutzsuchender
(Anfrage der Ratsgruppe Die PARTEI und des Einzelvertreters Herr Alich [parteilos] vom 06.03.2024).

Die Antworten seien bis auf die Antwort zur Anfrage unter TOP 3.2 fristgerecht im Ratsinformationssystem eingestellt worden, so dass auf ein Verlesen der Antworten zu TOP 3.1 und 3.3 bis 3.4 verzichtet werde.

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass zu TOP 11 „Konversion in Bielefeld – Beschluss der Rahmenplanung Rochdale Barracks“ die Verwaltung eine ersetzende Nachtragsvorlage erstellt habe, die im System unter TOP 11.1 einsehbar sei.

Zwischen den Fraktionen von CDU und SPD bzw. FDP und Bündnis 90/Die Grünen sei Pairing vereinbart worden.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird, wie von Herrn Oberbürgermeister Clausen dargestellt, geändert und ergänzt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 31. Ratssitzung am 01.02.2024

Unter Bezug auf TOP 1.1 der Niederschrift merkt Herr Hofmann an, dass sich der Antrag von Frau Rammert nicht auf die Erstellung eines Wortprotokolls bezogen habe.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 31. Ratssitzung am 01.02.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Mitteilung zur Beendigung des Anzeigeverfahrens zum Haushalt 2024 im Finanz- und Personalausschuss am 05.03.2024 und im Rat am 14.03.2024**

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Mitteilung der Verwaltung.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Beschlossene, aber nicht umgesetzte Bebauungspläne (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.03.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7654/2020-2025

Herr John erläutert die Hintergründe der Anfrage. Der gleichzeitige Anstieg von Baukosten und Immobilienzinsen führe dazu, dass kaum noch Wohnraum entstehe. Die beschlossene Baulandstrategie könne dieser Entwicklung entgegenwirken. Er bitte darum, dem Stadtentwicklungsausschuss (StEA) im Rahmen des Baulückenmanagements über das Mentoring zu berichten. Außerdem plädiere er dafür, im Rahmen von Bauleitverfahren die Möglichkeit der Anwendung des Baugebots zu prüfen.

Herr Seifert entgegnet, dass die allgemeine Bauwirtschaft nicht der Grund dafür sei, dass nicht gebaut werde. Es fehle vor allem an größeren Baugebieten, auf denen mehrere Wohneinheiten entstehen könnten.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 **KFZ-Entwicklung in Bielefeld (Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.03.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7683/2020-2025

Herr Beigeordneter Adamski verliest die Antwort zu dieser Anfrage.

Herr Seifert begründet die Anfrage. Insbesondere in den Außengebieten seien die Menschen für ihre Berufsausübung wegen eines unzureichend ausgebauten ÖPNV-Systems auf ein Auto angewiesen. Insgesamt steige der Fahrzeugbestand in der Stadt. Daher könne ein ersatzloser Wegfall von Parkplätzen nicht akzeptiert werden.

Herr Rörig entgegnet für die SPD-Fraktion, dass die Nutzung von Alternativen zum Auto attraktiver gemacht werden müssten anstatt neuen Parkraum für Autos zu schaffen.

Herr Kneller erklärt, seiner Meinung nach sollte sich die Verkehrspolitik am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Daher sei der Wegfall von Parkplätzen keine Lösung, vielmehr sollten mindestens die bestehenden Parkplätze erhalten werden. Er spreche sich gegen die systematische Verdrängung des Autoverkehrs aus. Die derzeitige Verkehrspolitik halte er für ein Ideologieprojekt.

Herr Dr. Lange kritisiert, dass nach dem derzeitigen politischen Willen Parkplätze ohne Schaffung von adäquatem Ersatz wegfielen. Der geplante Stellplatzschlüssel von 0,5 entspreche nicht dem realen notwendigen Bedarf von 1,3. Es fehle an attraktiven Angeboten und Alternativen für Pendlerinnen und Pendler. Park+Ride-Flächen seien bei den Planungen nicht vorgesehen. Mobilität gestalten und umsetzen müsse das Ziel sein.

Herr Hallau weist darauf hin, dass im Stadtgebiet doppelt so viele Fahrräder wie Autos vorhanden seien. Die Bedarfe dieser Menschen müssten bei der Gestaltung von öffentlichem Raum berücksichtigt werden. Die Forderung seiner Fraktion sei, dass alle Verkehrsteilnehmerinnen und -nehmer den öffentlichen Raum sicher und komfortabel nutzen könnten. Die Gewichtung der Stellplätze für Autos nehme dabei jede Fraktion unterschiedlich vor. Wichtig sei aber zu wissen, dass die Kommune nicht verpflichtet sei, Stellflächen auszuweisen. Es bestehe also für Autobesitzer keine Garantie für einen Stellplatz im öffentlichen Raum.

Der Rat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3

**Brand- und Explosionsgefahr durch E-Roller
(Anfrage der Ratsgruppe AfD vom 05.03.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7672/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Anfrage und Antwort der Verwaltung.

Der Rat nimmt ohne Aussprache Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 **Einbürgerung somalischer Schutzsuchender**
(Anfrage der Ratsgruppe Die PARTEI und des Einzelvertreters
Herr Alich [parteilos] vom 06.03.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7674/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Anfrage und Antwort der Verwaltung.

Herr Hofmann appelliert daran, dringend alternative und erleichternde Einbürgerungsvoraussetzungen für diese Menschen zu schaffen.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Wirtschaftsverkehr: Mobilität ist das Rückgrat unserer heimischen**
Wirtschaft (Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2024)

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummern:

7651/2020-2025

7723/2020-2025 (Änderungsantrag FDP-Fraktion, TOP 4.1.1)

Herr Dr. Lange erläutert den Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Herr Rörig beantragt zunächst die Verweisung der Anträge in den Stadtentwicklungsausschuss als zuständigen Fachausschuss (Antrag zur GeschO). Darüber hinaus stellt er klar, dass der Wirtschaftsverkehr per Definition nicht nur den LKW-Verkehr umfasse und der Fokus bei der Erstellung eines Konzeptes entsprechend erweitert werden müsse.

Herr Seifert begründet den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Eine Einschränkung des Wirtschaftsverkehrs sei ein Angriff auf die Leistungsfähigkeit, die Arbeitsplätze und den Sozialstaat und damit auf eine funktionierende Wirtschaft. Ziel müsse vielmehr die Stärkung des Lebens- und Wirtschaftsstandortes Bielefeld sein.

Herr Vollmer hält den Antrag der CDU-Fraktion für zu einseitig. Grundsätzlich unterstütze er den Antrag, allerdings fehle das Thema Schienenverkehr.

Herr Nettelstroth weist darauf hin, dass auch Parkmöglichkeiten für Liefer- und Pflegedienste und Pendlerinnen und Pendler mitgeplant werden sollten. In diesem Zusammenhang appelliert er daran, große, leistungsfähige Straßen als Hauptwege in Bielefeld zu erhalten.

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion und der Änderungsantrag der FDP-Fraktion werden zur weiteren Beratung an den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Gedenkstättenfahrten für Bielefelder Schulen (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke vom 04.03.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7660/2020-2025

Herr Schlifter begründet den Antrag. Ziel der demokratischen Fraktionen des Rates sei, einen Beitrag zu Bekämpfung von Antisemitismus und für ein historisches Bewusstsein zu leisten. Schlimmster Feind des Rechtsextremismus sei eine humanitäre Grundhaltung und gute Kenntnisse der historischen Fakten.

Herr Kneller entgegnet, dass das eigentliche Ziel des Antrags aus seiner Sicht eine Hetze gegen die die AfD sei. Allerdings sei das Thema „Drittes Reich“ und „Holocaust“ seiner Meinung nach zu ernst und damit ungeeignet, um es parteipolitisch zu instrumentalisieren und die demokratische Opposition zu kriminalisieren.

Frau Oberbäumer erklärt die Unterstützung der Ratsgruppe Die PARTEI zum Antrag. Unter Bezug auf die in der letzten Ratssitzung beschlossene Kampagne „Klare Kante gegen Rechtsextremismus“ stellt sie folgenden Ergänzungsantrag im Sinne einer Selbstverpflichtung:

„Um mit gutem Beispiel voran zu gehen, wird sich kein Ratsmitglied wieder aufstellen, geschweige denn wählen lassen, ohne an einer Gedenkstättenfahrt teilgenommen zu haben.“

Herr Rees zitiert Teile eines Ratsbeschlusses vom 10.11.2016 zur Erinnerungs- und Gedenkkultur und weist auf das daraus entstandene Konzept für die lokale Erinnerungskultur hin. In diesem Zusammenhang erinnert er an eine Einladung zum Tag der Erinnerung am 04.04.2024 in Bielefeld.

Frau Biermann appelliert daran, dass Gedenkstätten Bestandteil des Schullebens aller Schülerinnen und Schüler sein müsse, da kaum noch Menschen lebten, die als Augenzeugen berichten könnten. Bei den Fahrten gehe es um Bildung, Erinnerungen und die Vermittlung von Werten als Grundlagen für das gesellschaftliche Zusammenleben.

Herr Gugat erklärt die Zustimmung der LiB. Aufgrund der kritischen Diskussionen in Fachkreisen über den Begriff „Gedenkstätten“ appelliert er daran, Konzepte zu entwickeln, die die Schulen ermächtigen, mit dem Thema sicher umgehen und es den Schülerinnen und Schülern entsprechend nahebringen zu können.

Herr Alich drückt sein Bedauern aus, dass Einzelvertreterinnen und –vertreter bei der Erstellung des Antrags nicht einbezogen worden seien.

Sodann bittet Herr Oberbürgermeister Clausen zunächst um Abstimmung über den mündlichen Ergänzungsantrag von Frau Oberbäumer und stellt folgendes **Ergebnis** fest: **Der Antrag wird bei einer Enthaltung mit Mehrheit abgelehnt.**

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt, die Förderung von Gedenkstättenfahrten an Bielefelder Schulen aktiv zu unterstützen. Hierfür wird das Schulamt der Stadt Bielefeld aufgefordert, über die Bezirksregierung eine Liste aller Fördermittel, die der Bund, das Land NRW und andere Vereine/Institutionen für den Besuch von Gedenkstätten zur Verfügung stellen, anzufordern oder selbst zu erstellen.

Diese Liste soll an alle Bielefelder Schulen der Sekundarstufe I und II verschickt werden mit der Bitte, mitzuteilen, inwieweit Gedenkstättenfahrten in ihren Schulcurricula verankert sind, respektive die Frage zu beantworten, woran aktuell die Umsetzung der Aufforderung, allen Schülern und Schülerinnen eine Gedenkstättenfahrt zu ermöglichen, scheitert.

Das Ziel ist daher klar: Kein Schüler und keine Schülerin verlässt eine zehnte Klasse in Bielefeld ohne den Besuch einer NS-Gedenkstätte!

- mit großer Mehrheit beschlossen -

...-

Zu Punkt 4.3

**Eckdatenbeschluss zum Doppelhaushalt
(Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 04.03.2024)**

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummern:

7661/2020-2025

7715/2020-2025 (Änderungsantrag FDP, TOP 4.3.1)

7734/2020-2025 (Änderungsantrag CDU, TOP 4.3.2)

Herr Prof. Dr. Öztürk begründet den gemeinsamen Antrag der Koalition und betont, dass alles für die Verhinderung der drohenden Haushaltssicherung getan werden müsse. Ohne Unterstützung durch Bund und Land sei die Kommune jedoch finanziell nicht leistungs- und handlungsfähig. Der vorliegende Eckdatenbeschluss beschreibe als zentrales Instrument Prioritäten und Herausforderungen mit dem Ziel, die dringend benötigten finanziellen Ressourcen der Stadt zu sichern und effektiv einzusetzen.

Herr Werner erläutert den Änderungsantrag der CDU-Fraktion (TOP 4.3.2) und stellt klar, dass dieser als Angebot der CDU an die Koalition zu verstehen sei, gemeinsam mit dieser die finanziellen Probleme zu lösen und die

Finanzen der Stadt zu konsolidieren und zu gestalten. Es gehe um die Zukunft von Bielefeld und um die Abwendung der Haushaltssicherung.

Herr Oberbürgermeister Clausen schlägt vor, die Änderungen aus dem Antrag der CDU-Fraktion in Gänze zu übernehmen und dabei den Text zu Punkt 6.2 des Änderungsantrags wie folgt neu zu formulieren:

„Nachhaltige Sicherung des Wirtschaftsstandorts Bielefeld. Dafür ist es unerlässlich, dass entsprechende Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden. Deshalb muss es das Ziel der Stadt Bielefeld sein, bis 2026 mindestens 20 ha Gewerbefläche zu identifizieren und im Folgenden nach zu qualifizieren. Dabei gilt jedoch der Grundsatz: Innenentwicklung und Flächenrecycling geht vor der Neuausweisung im Außenbereich. Außerdem soll eine stärkere Vernetzung mit den Hochschulen in der Region zur Sicherung von Fachkräften und die Förderung von weichen Standortfaktoren wie zum Beispiel Kunst und Kultur verfolgt werden.“

Herr Wiemer erklärt die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Clausen und dankt der CDU-Fraktion für das Einbringen der konstruktiven Änderungsvorschläge. Den Änderungsantrag der FDP-Fraktion werde seine Fraktion ablehnen. Ursächlich für die finanzielle Situation der Stadt seien nicht ausschließlich die Personalkosten, sondern die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine mit steigenden Energiepreisen und Inflation. Hinsichtlich der Schaffung von Stellen trage der Rat eine hohe Verantwortung und müsse gemeinsam eine Balance zwischen allen Bedarfen finden.

Herr Schlifter erläutert den Änderungsantrag der FDP-Fraktion (TOP 4.3.1). Insbesondere werbe er für eine Deckelung bei den Personalkosten und eine Reduzierung des Personalaufwandes. Die Maßnahmen des Eckdatenbeschlusses reichten nicht aus, um eine Haushaltssicherung von der Stadt abzuwenden. Seine Fraktion sei jedoch bereit, mit den anderen Fraktionen Gespräche zu führen und gemeinsam nach Kompromissen und Lösungen zu suchen.

Herr Gugat appelliert daran, die im Eckdatenbeschluss genannten Maßnahmen auch konkret umzusetzen.

Herr Rees betont, dass alle gemeinsam daran mitwirken müssten, eine Haushaltssicherung zu verhindern und entsprechenden Einfluss auf den Entwurf des Haushaltsplans zu nehmen.

Herr Vollmer bittet darum, die Entwicklung des Personals als strategische Größe in der Verwaltung sorgfältig zu beobachten, insbesondere vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel. Personalabbau führe unter Umständen dazu, dass die Verwaltung Aufgaben verschieben oder sogar abgeben müsse. Darüber hinaus werde die Fraktion Die Linke dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen.

--.-

Sodann bittet Herr Oberbürgermeister Clausen zunächst um Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion (vgl. TOP 4.3.1) und stellt folgendes Ergebnis fest: **Der Rat der Stadt Bielefeld lehnt die vorgeschlagenen Änderungen der FDP-Fraktion bei einer Enthaltung mit großer Mehrheit ab.**

--.-

Unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der CDU-Fraktion und des vorgeschlagenen veränderten Beschlusstextes zu Ziffer 6.2 des Beschlussvorschlages ergeht folgender abweichender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die folgenden Eckdaten und Prioritäten für die Aufstellung des Doppelhaushaltes 2025/2026 sowie der Mittelfristplanung bis 2029:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Doppelhaushalt für die Jahre 2025/2026 einschließlich der Mittelfristplanung bis 2029 unter Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes vorzulegen. Die Verwaltung wird gebeten, wenn erforderlich dafür Vorschläge zu unterbreiten. Der derzeitige prognostizierte Verbrauch der Rücklagen muss durch die Reduzierung der voraussichtlichen Jahresdefizite vermindert werden.**
- 2. Steuererhöhungen sind weiterhin nicht vorzusehen. Gebührensenkungen sind grundsätzlich kostendeckend zu erheben. Die Umsetzung der Grundsteuerreform ist insgesamt aufkommensneutral vorzunehmen.**
- 3. Das städtische Investitionsprogramm ist im Doppelhaushalt 2025/2026 sowie in der Mittelfristplanung bis 2029 entsprechend seiner geplanten Kassenwirksamkeit aufzunehmen. Sofern in einzelnen Projekten Budgetüberschreitungen z.B. infolge von Kostensteigerungen entstehen, sind diese durch geeignete Maßnahmen ggfs. auch bei anderen Projekten zu kompensieren, um negative Haushaltseffekte im Planungszeitraum zu vermeiden.**
- 4. Der Rat begrüßt die Maßgabe der Verwaltung, zusätzliche Stellen nur in den Stellenplanentwurf aufzunehmen, wenn diese vollständig, durch Förderung oder Einsparung an anderer Stelle, refinanziert sind. An der Schaffung überplanmäßiger Stellen im Vollzug des Doppelhaushalts wird der Finanz- und Personalausschuss in einem noch zu definierenden Verfahren beteiligt. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu einen Vorschlag zu unterbreiten.**
- 5. Die Stadt steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen aufgrund von Fachkräftemangel und der vielen ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir begrüßen und begleiten positiv die vom Stadtkämmerer angekündigte Erarbeitung einer Personalstrategie der Stadt. So soll dafür gesorgt werden, dass die Stadt ein attraktiver Arbeitgeber und die Verwaltung auch in Zukunft leistungsfähig bleiben. Ein besonderer Schwerpunkt soll auf eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen der Stadt und den Hochschulen gelegt werden. Durch regelmäßige Berichte soll der Finanz- und Personalausschuss über die Erarbeitung und Umsetzung der Personalstrategie informiert werden.**
- 6. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs sind folgende Aufgabenschwerpunkte zu beachten:**

- 6.1. Mögliche Absicherung des Umfangs der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen der Stadt mit freien Trägern der Jugend- und Sozialarbeit über den 31.12.2025 hinaus auf dem bis dahin erreichten Leistungsniveau. Jährlicher Controlling-Bericht zu Kosten- und Leistungsentwicklung der Maßnahmen.**
- 6.2. Nachhaltige Sicherung des Wirtschaftsstandorts Bielefeld. Dafür ist es unerlässlich, dass entsprechende Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden. Deshalb muss es das Ziel der Stadt Bielefeld sein, bis 2026 mindestens 20 ha Gewerbefläche zu identifizieren und im Folgenden nach zu qualifizieren. Dabei gilt jedoch der Grundsatz: Innenentwicklung und Flächenrecycling geht vor der Neuausweisung im Außenbereich. Außerdem soll eine stärkere Vernetzung mit den Hochschulen in der Region zur Sicherung von Fachkräften und die Förderung von weichen Standortfaktoren wie zum Beispiel Kunst und Kultur verfolgt werden.**
- 6.3. Investitionen zur Erreichung der Energie-, Wärme und Verkehrswende stellen für die Stadt Bielefeld eine Grundversorgung dar, um die politisch beschlossenen Klimaschutzziele zu erreichen. Sie ist die Basis für einen attraktiven und erfolgreichen Wohn-Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Der weitere Ausbau sowie der konsequente Erhalt der erforderlichen Infrastrukturen erfordern zusätzliche, erhebliche Investitionen, welche einer angemessenen Finanzierung bedürfen. Diese sind im Rahmen eines gemeinsamen Konzepts aller Akteurinnen und Akteure zu gewährleisten.**
- 7. Mit Sorge sieht der Rat, dass sich Bund und Land aus ihrer Finanzierungsverantwortung für gesamtgesellschaftliche Themen sukzessive zurückziehen. Das ist gegenwärtig beispielsweise erkennbar in den Bereichen der Digitalisierung, KITAS-, Geflüchtete, Arbeitsmarkt, Deutschlandticket. Die Kommune wird wegfallende Bundes- oder Landesmittel grundsätzlich nicht ausgleichen. In begründeten Einzelfällen kann eine Übergangslösung geboten sein. Die Verwaltung wird daher beauftragt, diese Entwicklung zu begleiten und in begründeten besonderen Ausnahmefällen eine kommunale Finanzierungsmöglichkeit als Übergangsmöglichkeit prüfen und rechtzeitig vor den finalen Haushaltsentscheidungen einzubringen.**
- 8. Sofern sich Anpassungsnotwendigkeiten im Sinne der Ziffern 7 erst während des Vollzugs des Doppelhaushaltes ergeben, sind diese mit Lösungsvorschlägen unter Beachtung der festgelegten Haushaltsstrategie als Übergangsmöglichkeit den zuständigen Gremien des Rates aufzuzeigen. Ein Verfahrensvorschlag zur Umsetzung ist von der Verwaltung vorzulegen.**

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.4

Bericht zur Cybersicherheit der Stadt Bielefeld und ihrer Eigenbetriebe (Antrag der CDU-Fraktion vom 04.03.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7652/2020-2025

Herr Nettelstroth erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Der geforderte Bericht solle u. a. auf das Problem der kriminellen Angriffe auf Datensysteme aufmerksam machen.

Herr Vollmer unterstützt den Antrag und bittet darum, in nichtöffentlicher Sitzung zu berichten.

Herr Gugat stellt für die LiB folgenden Änderungsantrag: *Im ersten Absatz des Antrags der CDU-Fraktion werden hinter dem Wort „Cybersicherheit“ die Worte „(technisch und psychologisch)“ eingefügt.*

Herr Seifert merkt an, dass der Antrag der CDU-Fraktion aus fachlichen Gründen eigentlich zunächst im Digitalisierungsausschuss hätte beraten werden sollen. Um jedoch bei diesem wichtigen Thema keine Zeit zu verlieren, verzichte er auf einen Antrag auf Verweisung.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag des Einzelvertreters Herrn Gugat (LiB). Es ergeht folgender

Beschluss:

Im ersten Absatz des Beschlussvorschlags des Antrags der CDU-Fraktion werden hinter dem Wort „Cybersicherheit“ die Worte „(technisch und psychologisch)“ eingefügt.

- bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Ergänzung ergeht folgender abweichender

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im HWBA zu berichten, welche Maßnahmen bislang ergriffen wurden, um die Cybersicherheit (technisch und psychologisch) bei der Bielefelder Stadtverwaltung sicherzustellen.

In diesen Zusammenhang ist mit darzustellen, wie sich die interkommunale Zusammenarbeit darstellt und wie eigenbetriebsähnliche Betriebe sowie Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung in den Prozess zur Sicherstellung einer möglichst hohen Cybersicherheit eingebunden werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.5

Quartiersparkhäuser für Bielefeld **(Antrag der FDP-Fraktion vom 04.03.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummern:

7659/2020-2025

7731/2020-2025 (Änderungsantrag CDU, siehe TOP 4.5.1)

Herr Seifert erläutert den Antrag der FDP-Fraktion. Die Zahl der in Bielefeld angemeldeten Fahrzeuge steige. Der Wegfall von Parkplätzen könne für Pendlerinnen und Pendler den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten. Die Stadt müsse Ersatzparkmöglichkeiten schaffen. Aus diesem Grund werde die FDP-Fraktion dem letzten Absatz des Änderungsantrags der CDU-Fraktion zustimmen.

Herr Hallau beantragt die *Verweisung der Anträge in den Stadtentwicklungsausschuss (StEA) als zuständigen Fachausschuss (Antrag zur GeschO)*. Dort solle geklärt werden, welche Kosten ein Quartiersparkhaus verursache und ob jeder wegfallende Parkplatz im öffentlichen Raum zu ersetzen sei.

Herr Hofmann spricht sich dagegen aus, Steuergelder für eine private Parkraumbewirtschaftung auszugeben.

Frau Steinkröger macht darauf aufmerksam, dass der Rat verpflichtet sei, zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu entscheiden und müsse dabei auch die täglich ca. 53.000 Pendlerinnen und Pendler einbeziehen. Viele Menschen seien auf ihr Auto angewiesen, auch diese müssten im Blick behalten werden. Die CDU-Fraktion fordere daher ein ganzheitliches Verkehrskonzept, zu dem zwingend ein Parkraumkonzept gehöre.

Herr Kneller betont, dass Quartiersparkhäuser ein Teil der Lösung seien könnten, denn die Menschen müssten ihre Autos wohnortnah abstellen können. Viele seien aus körperlichen, beruflichen oder sonstigen Gründen auf ihr Auto angewiesen, das sei zu akzeptieren und bei den Planungen zu berücksichtigen.

Herr Vollmer erklärt, ihm fehle der Ausbau alternativer Möglichkeiten für eine individuelle Mobilität.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet um Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Hallau.

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion und der Änderungsantrag der CDU-Fraktion werden zur weiteren Beratung an den Stadtentwicklungsausschuss (StEA) verwiesen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5 **Ämter, Funktionen und Nebentätigkeiten des Oberbürgermeisters sowie die Einnahmen aus diesen Tätigkeiten im Jahr 2023**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7658/2020-2025

Der Rat nimmt ohne weitere Aussprache Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6 **Wege durch das Land gGmbH**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7260/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Die Stadt Bielefeld stimmt der Erhöhung des Stammkapitals der Wege durch das Land gGmbH von 99 T€ um 88 T€ auf 187 T€ zu. Hieran beteiligt sich die Stadt Bielefeld mit einer Einzahlung von 11.T€.
2. Die Stadt Bielefeld stimmt der Erhöhung ihres jährlichen Gesellschafterbeitrags von 17 T€ um 2 T€ auf 19 T€ für die Jahre 2024, 2025 und 2026 zu.
3. Die Beschlüsse zu 1. und 2. stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung aller betroffenen Gesellschafter in ihren jeweiligen Gremien, sowie dem positiven Abschluss des Anzeigeverfahrens bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.
4. Zur Umsetzung der erforderlichen notariellen Beschlüsse wird die Gesellschaftervertreterin der Stadt Bielefeld, Frau Brigitte Biermann, bevollmächtigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7 **Beteiligung der Bielefelder Netz GmbH an der openKONSEQUENZ eG**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7549/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt der Beteiligung durch die Bielefelder Netz GmbH an der openKONSEQUENZ eG, Berlin durch Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 1.000 € zu.
2. Der vorgenannte Beschlusspunkt steht unter dem Vorbehalt des positiven Abschlusses des erforderlichen Anzeigeverfahrens gem. § 115 GO NRW bei der Bezirksregierung Detmold.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat

Der Rat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9

7. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung vom 05.05.2008 in der Fassung vom 18.12.2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7443/2020-2025

Herr Schlifter erklärt, dass die FDP-Fraktion die Elternbeitragssatzung ablehne, da durch diese die arbeitende Mitte der Bevölkerung finanziell zu sehr belastet werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die als Anlage beigefügte 7. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 10

2. Nachtrag zum Rettungsdienstbedarfsplan vom 26.09.2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7078/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

- 1) Der Rettungsdienstbedarfsplan der Stadt Bielefeld in der durch den Rat am 26.09.2019 verabschiedeten Fassung wird wie folgt geändert: Für die Leitstelle der Feuerwehr Bielefeld wird ein Mehrbedarf von insgesamt 3,5 Stellen ab dem Haushaltsjahr 2024 festgestellt.
- 2) Die Personalkosten von insgesamt 157.500 €/Jahr werden zu 60% und damit in Höhe von 94.500 € über Rettungsdienst-Gebühren refinanziert. Die verbleibenden 63.000 €/Jahr sind von der Stadt Bielefeld zu tragen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Konversion in Bielefeld – Beschluss der Rahmenplanung Rochdale Barracks

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7192/2020-2025
7192/2020-2025/1

Herr Oberbürgermeister Clausen erläutert, dass die Verwaltung unter Berücksichtigung der vom Beschlussvorschlag abweichenden Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses, der Bezirksvertretung Mitte und des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses eine ersetzende Nachtragsvorlage erstellt habe (siehe Drucks. 7192/2020-2025/1).

Herr Suchla lobt die Verwaltung für die Planungen dieses besonderen neuen Quartiers.

Herr Seifert bedauert, dass Punkt 9 der abweichenden Empfehlung der Bezirksvertretung Mitte, der die Möglichkeit der Errichtung einer Quartiersgarage bei einem späteren höheren Stellplatzbedarf empfehle, vom Stadtentwicklungsausschuss nicht übernommen worden sei.

Frau Hennke weist darauf hin, dass hier bewusst ein autoarmes Quartier entstehen solle. Diese Bedingung sei auch in den Anforderungen für den Planungswettbewerb festgehalten. Das Wohnquartier werde Familien ansprechen, die ohne Auto auskommen wollten.

Es ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die Rahmenplanung Rochdale mitsamt dem angehängten Verkehrs-, Entwässerungs-, und Materialkreislaufkonzept (Anlagen 1-5) als informelle Planungsgrundlage für die zukünftige Entwicklung des ehemaligen Kaser-

nenareals. Die im Rahmenplan definierten Flächennutzungen sowie die städtebaulichen Kennwerte und Qualitäten werden für den gutachterlich zu ermittelnden Verkehrswert zu Grunde gelegt.

2. Der Bericht zur Öffentlichkeitsbeteiligung (Anlage 6) wird mit den im Anhang dargestellten Anregungen und Stellungnahmen zur Kenntnis genommen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftigen Bauleitplanverfahren im Bereich der Rochdale Barracks die Rahmenplanung mit ihren getroffenen Zielaussagen zugrunde zu legen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufstellung eines Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts (INSEK) in die Wege zu leiten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Organisations- und Abwicklungsmodelle zum Ankauf, zur Erschließung und zur Entwicklung des Gesamtareals vorzubereiten und auf dieser Grundlage die Verhandlungen über den Ankauf der bundeseigenen Liegenschaft mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) aufzunehmen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Entwicklung der Gesamtmaßnahme und der einzelnen Bausteine sicherzustellen, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis insgesamt und die Wirtschaftlichkeit im Detail beachtet werden. Gegebenenfalls sind Planungsziele anzupassen.
7. Die Verwaltung wird gebeten, praktikable Lösungen zu erarbeiten, um die Ausfahrt aus dem zukünftigen Rochdale Quartier auf die Oldentruper Straße auch nach links in Richtung Osten zu ermöglichen (Variante 2 plus „Vollanschluss“) und der Bezirksvertretung Mitte sowie dem Stadtentwicklungsausschuss mögliche Alternativen zur Beschlussfassung vorzulegen.
8. In dem Rahmen ist auch zu prüfen, ob dadurch ein größerer Teil des neuen Quartiers über die Oldentruper Straße anstatt über die nördlichen kleinen Wohnstraßen erschlossen werden kann.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Einführung der Ehrenamtskarte Nordrhein-Westfalen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7563/2020-2025

Herr Kuhlmann hebt positiv hervor, dass durch die Einführung der Ehrenamtskarte Doppelstrukturen ausgeräumt würden. Er freue sich darüber, dass mit dem Antrag der CDU-Fraktion im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss vor einigen Monaten der Prozess angestoßen worden sei und nun dieses Ergebnis vorliege. Die Ehrenamtskarte schaffe für die ehrenamtlich tätigen Menschen einen Mehrwert und er appelliert daran, entsprechend für die Karte zu werben.

Frau Schrader bekräftigt die Würdigung des Ehrenamtes durch diese Karte. Ohne diese Menschen könne die Gesellschaft nicht funktionieren. Sie danke ausdrücklich Allen, die sich ehrenamtlich engagierten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

- 1. Die Stadt Bielefeld führt die Ehrenamtskarte NRW sowie als Ergänzung die Jubiläums-Ehrenamtskarte ein.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarung zur Einführung der Ehrenamtskarte NRW zwischen der Stadt Bielefeld und dem Land Nordrhein-Westfalen abzuschließen.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Verfahren zur Ausgabe der Ehrenamtskarte NRW sowie der Jubiläums-Ehrenamtskarte zu entwickeln. Dabei soll nach Möglichkeit die Ausgabestruktur der Bielefelder Engagement-Card genutzt werden.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2020 - 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7635/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

- 1. Anstelle von Herrn Marc Korbmacher (Diakonieverband) wird Frau Susanne Luck (Geschäftsführung Diakonie für Bielefeld) als ordentliches stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.**
- 2. Die persönliche Stellvertretung des neuen ordentlichen stimmberechtigten Mitglieds Frau Susanne Luck ist der bisherige persönliche Stellvertreter von Herrn Marc Korbmacher, Herr Benjamin Varnholt (Diakonieverband Brackwede).**
- 3. Anstelle von Frau Petra Schlegel (DRK) wird Frau Yvonne Weinrich (DRK) als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt. Frau Weinrich ist die persönliche Stellvertretung des ordentlichen stimmberechtigten Mitglieds Herr Matthias Rotter (Der Paritätische).**

4. Anstelle von Frau Regina Puffer (Mädchentreff e.V.) wird Frau Eike Bartheidel (Mädchentreff Bielefeld e.V.) als ordentliches stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
5. Die persönliche Stellvertretung des neuen ordentlichen stimmberechtigten Mitglieds Frau Eike Bartheidel ist der bisherige persönliche Stellvertreter von Frau Regina Puffer, Herr Malte Hausmann (Ev. Jugend Bielefeld).

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

Benennung von Delegierten für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW vom 07.05.2024 bis 08.05.2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7663/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld benennt die folgenden Delegierten und Gäste zur Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen am 07./08. Mai 2024 in Neuss:

Stimmberechtigte Delegierte:

- | | |
|---------------------------|--------------------------------|
| 1. Herr Ralf Nettelstroth | CDU-Fraktion |
| 2. Frau Carla Steinkröger | CDU-Fraktion |
| 3. Frau Brigitte Biermann | SPD-Fraktion |
| 4. Herr Briol Keskin | SPD-Fraktion |
| 5. Herr Dominik Schnell | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 6. Frau Christina Osei | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 7. Herrn Bodo Holtkamp | FDP-Fraktion |

Gäste ohne Stimmrecht:

- | | |
|-------------------------|-----------------------|
| 8. Frau Lena Oberbäumer | Ratsgruppe Die PARTEI |
|-------------------------|-----------------------|

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15

Umsetzung von Mitgliedern des Integrationsrates in Ausschüssen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7505/2020-2025

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohnerin / sachkundigen Einwohner bzw. stellvertretende sachkundige Einwohnerin / stellvertretenden sachkundigen Einwohner in folgenden Ausschüssen:

Schul- und Sportausschuss:	als Stellvertretung neu: Murisa Adilović alt: N. N.
Stadtentwicklungsausschuss:	als sachkundige Einwohnerin / sachkundigen Einwohner neu: Murat Aykanat alt: N. N.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 16 **Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen u. ä.)**

Zu Punkt 16.1 **Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung im Aufsichtsrat BiTel**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7690/2020-2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt folgende Umbesetzung:

Aufsichtsrat BiTel

Ordentliches Mitglied
statt bisher

Bodo Holtkamp
Birgit Kamloth

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 16.2 **Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung im AR Energieversorgung Werther GmbH und im Zweckverband Verkehrsbund (VVOWL) vom 12.03.2024**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7716/2020-2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die folgenden Umbesetzungen:

AR Energieversorgung Werther GmbH

Ordentliches Mitglied Prof. Dr. Riza Öztürk, RM
statt bisher Sven Rörig, RM

Zweckverband Verkehrsverbund (VVOWL)

Ordentl. Mitglied Ole Heimbeck, RM
statt bisher Sven Rörig, RM

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 16.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Umbesetzung im FiPA

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7720/2020-2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt folgende Umbesetzung:

Finanz- und Personalausschuss:

Ordentliches Mitglied Janko Spieker
statt bisher N.N

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 16.4 Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung im Bürgerausschuss und im Schulausschuss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7721/2020-2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die folgende Umbesetzungen:

Ausschuss für Beschwerden und Anregungen

Stellv. Mitglied Philipp Sondermann
statt bisheriges Tim Grabowski

Schul- und Sportausschuss

Stellv. Mitglied Micha Paul Kasper
statt bisher N.N.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 16.5 Antrag der Ratsgruppe Die PARTEI auf Umbesetzung im BBO

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7722/2020-2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt folgende Umbesetzung:

Betriebsausschuss Bühnen und Orchester:

Stellv. Mitglied

Jan Schwarz

statt bisher

Christian Loth

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nicht-öffentlichkeit her.